Breslauer Zeitung

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 98. Donnerstag den 27. April 1848.

Inland.

(Krieg mit Dänemark.) **Berlin**, 24. April. In Folge des von der dänischen Regierung an ihre Kriegsmarine ertheilten Befehls, die deutschen Schiffe aufzubringen, ist der königlich preußische Gesandte angewiesen worden, unverzüglich seine Päße zu fordern, da dieser Schritt, der noch vor dem Ueberschreiten der Bundesgränze durch die deutschen Truppen gethan worden, einer Kriegs-Erklärung von Seiten Dänemarks gleich zu achten ist. — Die Bundes-Versammlung hat den hanseatischen Gesandten, Senator Banks, nach London gesandt, nicht um neue Unterhandlungen anzuknüpfen, sondern um dem englischen Kabinet die Lage der Sachen einfach darzustellen, den allgemeinen deutschen Gesichtspunkte ihm gegenüber auszusprechen; zugleich auch, um zu sehen, welche Maßregeln sich zu schleuniger Herstellung einer deutschen Marine und Wahrung der deutschen Handels-Interessen treffen lassen; er wird in beiden Beziehunpen gemeinsam mit dem königl. preuß. Gesandten, Dr. Bunsen, handeln, da Preußen in dieser ganzen Angelegenheit sich vollkommen mit dem Bunde identifizirt. — Auf Ansuchen der Hansestädte hat die königlich hannoversche Regierung Einleitungen getroffen, um durch die schleunigste Herstellung von Küsten-Batterien die Elb-Schiffahrt zu sichern.

Die preußischen und die übrigen in Holstein vereinigten Tuppen des 10. Armee-Korps sind in Schleswig eingerückt und haben die Offensive begonnen; schon in diesem Augenblick ist es wahrscheinlich zu einem ernsten, vielleicht entscheidenden Zusammentreffen mit der dänischen Hauptmacht gekommen, welche bei der Stadt Schleswig lagert. Niemand wird daran zweifeln, daß sämmtliche Truppen, vom Oberbefehlshaber bis zum einzelnen Soldaten, die Ehre des deutschen und preußischen Namens werden aufrecht erhalten. — Preußen hat in dieser Sache mit der vollkommensten Loyalität und bereitwilligem Eifer nur die Beschlüsse der höchsten deutschen Bundesbehörde ausgeführt. Es konnte dabei von keinen eigensüchtigen Interessen geleitet werden; es hat nicht eigener Willkür, sondern vielmehr dem Willen des gesammten deutschen Vaterlandes, wie er sich durch seine berechtigten Organe in einmüthiger Stimme aussprach, gehorcht. Der Beschluß des Bundestages ist der Wille Deutschlands und Preußens. — Am 4. April erklärte die Bundes-Versammlung, „daß Gefahr eines Angriffes für das deutsche Bundesland Holstein vorhanden sei," und sprach ihre volle Anerkennung für die zum Schutz der Bundesgränze bereits getroffenen Maßregeln aus. Zugleich ersuchte sie Preußen, das Vermittelungs-Geschäft mit Dänemark Namens des deutschen Bundes „auf der Basis der unverkürzten Rechte Holsteins, namentlich auf der der staatsrechtlichen Verbindung mit Schleswig" zu führen. Als selbstverstanden setzte der Bund dabei voraus, „daß die Feindseligkeiten sofort eingestellt und der Status quo ante wieder hergestellt werde. — Diesen vorherigen, auf alten Verträgen beruhenden, also rechtlich bestimmten Zustand hatte der König von Dänemark eigenmächtig aufgehoben, zuerst durch seine Erklärung, Schleswig von Holstein trennen und mit Dänemark vereinigen zu wollen, dann durch den ersten Schritt zur wirklichen Ausführung dieser Absicht: das Einrücken dänischer, auf schleswigschem Boden fremder Truppen in dies Herzogthum. Daß Dänemark diesen Schritt vermeiden würde, wenn es den Frieden ernstlich wollte, hätte man bei der Mäßigung der deutschen Regierungen, welche die Bundesgrenze nicht überschritten, erwarten dürfen; man mußte noch hoffen, daß es denselben zurücknehmen und seine Truppen von dem streitigen Boden entfernen würde, wenn es Deutschland zum Frieden willig, zum Kriege bereit sähe. Durch die Wiederherstellung des status quo ante war ja kein Recht des König von Dänemark als Herzogs von Schleswig gefährdet, sondern nur die Basis einer friedlichen Ausgleichung rein erhalten. — Diese friedliche Ausgleichung zu versuchen, war Preußen von dem Bunde aufgefordert. Die Vermittelung einer fremden Macht, wie sie der Minister der auswärtigen Angelegenheiten auf dem vereinigten Landtage als möglich in Aussicht stellte, konnte sich in dieser rein deutschen Frage nur darauf beziehen, daß ihre freundlichen Dienste dazu beitragen möchten, den König von Dänemark von der Nothwendigkeit, den Rechtsboden in Schleswig rein zu erhalten und von dem ernsten Willen des Bundes, kein Recht des Königs zu verletzen, aber auch das eigene zu wahren, zu überzeugen. — Die preußische Regierung beauftragte den Major von Wildenbruch, bisher General-Konsul in Syrien, mit der Führung der Unterhandlung; er wurde nach Schleswig gesandt, wo der König in der Mitte seiner Truppen erwartet wurde, und wo man hoffen durfte, weniger dem Einfluß einer fanatischen Partei zu begegnen, welche in Kopenhagen zu herrschen scheint und den lang gehegten Wunsch, Schleswig zu einer dänischen Provinz zu machen, nun um jeden Preis verwirklichen möchte. Er begab sich demgemäß in das dänische Hauptquartier und verhandelte auf der Insel Alsen sowohl mit dem Könige als mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Knuth, der von Kopenhagen dorthin gerufen war. Aber alle Unterhandlungen blieben fruchtlos; der preußische Unterhändler mußte unverrichteter Sache nach Rendsburg zurückkehren; es ist bekannt, mit welcher Energie die Dänen den Angriff auf die schleswig-holsteinschen Truppen begannen, die, an Zahl geringer und noch nicht organisirt, nach einem ernsten Gefecht sich zurückziehen mußten. Selbst das Anerbieten einer dreitägigen Einstellung der Feindseligkeiten und der vorläufigen Annahme einer militärischen Demarkationslinie nördlich von Tondern wurde von dem dänischen Befehlshaber ausgeschlagen. Dagegen konnte das von diesem gemachte Anerbieten eines vierzehntägigen Waffenstillstandes in den gegenwärtigen Stellungen, behufs neuer Unterhandlungen und Vermittelungen, eben so wenig angenommen werden. — Diesen Unterhandlungen hätte offenbar jede Basis gefehlt; und es konnte von Preußen um so weniger darauf eingegangen werden, da inzwischen die Bundesversammlung ihre schon früher gemachte Bedingung, daß der status quo ante wieder hergestellt werde, nun mit Nachdruck durchzusetzen beschlossen hatte, indem sie am 12. April erklärte, „daß, falls königlich dänischerseits die Einstellnng der Feindseligkeiten und die Räumung des Herzogthums Schleswigs von den darin eingerückten dänischen Truppen nicht erfolgt sein sollte, dies zu erzwingen sei." — In Voraussicht dieses Bundesbeschlusses, der wesentlich in jenem früheren vom 4. April enthalten war, war schon am 10. April an die preußischen Truppen der Befehl, „in Schleswig einzurücken und nach der Lage der Dinge zu handeln," ergangen. Strategische Gründe haben dies Einrücken verzögert. Preußen war nicht allein berufen zum Handeln; es mußte auf die Mitwirkung der verschiedenen Theile des 10. Armee-Korps Rücksicht nehmen und deren Vereinigung abwarten. Die Conzentration dieser Kontingente von verschiedenen Seiten her hat erst jetzt bewerkstelligt werden können; und nun steht das ganze Operations-Korps gerüstet und schlagfertig da. Die obere Leitung, welche bisher der hannoversche General-Lieutenant Halkett, als der älteste General führte, ist durch Bundesbeschluß vom 15. d. M. an Preußen übertragen; der Aufforderung zu schleuniger Bestimmung eines Ober-Befehlshabers hat Se. Majestät der König durch Ernennung des Generals der Kavallerie von Wrangel genügt. Derselbe ist am 21. zur Armee abgegangen, die vom besten Geiste beseelt ist. — Preußen hat nicht den Krieg an Dänemark erklärt; es ist in Auftrag des Bundes zur Herstellung des früheren Rechts ins Feld gerückt; es hat erklärt, daß es zur Vermittelung auch ferner die Hand biete, und daß die Rechte des Königs von Dänemark als Herzog von Schleswig stets anerkannt werden." Diese sind auch durch den der provisorischen Regierung gewährten Schutz nicht verletzt, denn auch diese handelt nur im Namen ihres rechtmäßigen Landesherrn. Eben so wenig sind sie dadurch gekränkt, daß der Bund, ebenfalls am 12. April, Preußen ersucht hat, „bei dem Vermittelungsgeschäft möglichst auf den Eintritt Schleswigs in den deutschen Bund als die sicherste Garantie seiner Union mit Holstein hinzuwirken." Diese Aufnahme des Herzogthums Schleswig unter seinem rechtmäßigen Landesherrn in den Bund soll nicht durch die Waffen erzwungen werden; die deutschen Regierungen wollen kein fremdes Gebiet für sich erobern, kein neues Land mit Gewalt in ihren Bund ziehen; aber sie müssen es als die Aufgabe einer gesunden und loyalen Politik ansehen, dem Nationalgefühle Deutschlands und dem Wunsche der deutschen Bevölkerung Schleswigs auf friedlichem und völkerrechtlichem Wege durch würdige und besonnene Unterhandlung angemessene Anerkennung zu verschaffen. Deutschland wird von diesem Wege nicht abweichen; möge auch Dänemark sich geneigt zeigen, denselben zu betreten! — Aber diese Frage kann erst später erledigt werden. Zuerst kommt es darauf an, das Recht zu wahren, und davon dürfte Deutschland sich auch durch irgend welche Aussicht auf künftige Vermittelung nicht abhalten lassen. Vermittelt und unterhandelt kann fortan nur werden, wenn der Rechtsboden wieder gewonnen ist durch die vollständige Räumung Schleswig von dänischen Truppen; ehe diese nicht erzwungen, ist keine Verständigung möglich. — Preußen geht freudig und mit gutem Gewissen in diesen Kampf; es weiß, daß es ein gutes deutsches Recht verficht, daß es seine Bundespflicht erfüllt, und daß es dabei getragen wird von der gemeinsamen Begeisterung des deutschen Nationalgefühls, welche, im gesammten Vaterlande lebendig, sich auch auf dem Schlachtfelde bewähren wird.

Berlin, 25. April. Ein so eben eingegangener Bericht aus Schleswig, vom 23. April, 3 Uhr Nachmittags, enthält Folgendes: „Die königlich preußischen Truppen haben heute, wie ich gestern im Voraus gemeldet, Rendsburg verlassen, und waren bis dicht vor Schleswig (an den alten Dänenwall) vorgerückt, ohne auf Widerstand zu stoßen. Der General der Kavallerie, von Wrangel, hatte ursprünglich den Plan gehabt, den Angriff der sehr festen dänischen Position bis auf den folgenden Tag aufzuschieben, wo der General-Lieutenant Halkett mit seinen Truppen in einer Zahl von 5—6000 Mann zur Unterstützung heranzurücken versprochen hatte. Vor Schleswig indeß angekommen, änderte der General von Wrangel seinen Plan, und beschloß, mit den unter dem Kommando des General-Lieutenant Fürsten Radziwill stehenden königlich preußischen Truppen die sehr feste Stellung der dänischen Armee in der Front anzugreifen. Der Erfolg des um 11 Uhr beginnenden Gefechtes war für die preußischen Waffen um so ehrenvoller, als demselben ein Marsch von 4 Meilen vorhergegangen war. Daß dieser Erfolg an dem folgenden Tage und mit vermehrten Streitkräften ein noch größerer gewesen wäre, glaube ich behaupten zu dürfen. So wie er sich darstellt, ist er indeß glänzend. Die königlichen Truppen sind nach einem fast ausschließlich mit der Avantgarde unter Leitung des General-Lieutenants Fürsten Radziwill geführten blutigen Treffen im Besitze der ganzen festen Stellung vor Schleswig und des südlichen Theiles der Stadt bis an den nach dem Schlosse Gottorp führenden, soviel wir wissen, von den Dänen minirten Damm. Das Schloß und der nördliche Theil der Stadt sind noch im Besitz der Dänen; es scheint mir indeß sehr wahrscheinlich, daß dieser Besitz nicht von Dauer sein wird, indem die unter dem General